

# VEREINIGUNG DER VERWALTUNGSRICHTERINNEN UND VERWALTUNGSRICHTER RHEINLAND-PFALZ – VVR –

## RUNDSCHREIBEN

---

Rdschr: Nr. 3/2018 vom 19.12.2018

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder,

das Jahr 2018 neigt sich dem Ende zu und die Weihnachtsfeiertage stehen vor der Tür. Dies nehme ich zum Anlass, Ihnen mit dem letzten Rundschreiben des Jahres einen Überblick über die Aktivitäten unserer Vereinigung im vergangenen letzten Vierteljahr zu geben. Des Weiteren möchte ich Sie – soweit jetzt schon möglich – auf Veranstaltungen im Jahr 2019 hinweisen.

- I. Zunächst möchte ich auf unsere diesjährige **VVR-Mitgliederversammlung** zurückblicken, die am **16. Oktober 2018 im Ratssaal des Rathauses der Stadt Neustadt an der Weinstraße** stattfand. Der Vormittag war in mittlerweile guter Tradition einem allgemeinen fachübergreifenden Thema mit hoher Bedeutung gerade auch für die Verwaltungsgerichtsbarkeit gewidmet: „**Vom elektronischen Rechtsverkehr zur elektronischen Akte – Erfahrungen, Perspektiven, Risiken**“. Als Referenten konnten Herr VROVG Dr. Jörg Schumacher (OVG Rheinland-Pfalz), Herr MR Roman-Tibor Stache (Ministerium des Innern und für Sport) sowie Herr Rechtsanwalt Herbert Doll (Kanzlei Doll Schumann Schwab, Neustadt/Weinstraße) gewonnen werden, die in Kurzreferaten den Fahrplan zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und der unmittelbaren Landesverwaltung vorstellten bzw. über Erfahrungen mit dem elektronischen Rechtsverkehr bzw. der elektronischen Akte berichteten. Hierbei fiel auf, dass der Zugang zu diesen Instrumenten in der Justiz/Verwaltung einerseits und in der Anwaltschaft andererseits unterschiedlich verläuft: Während in der Anwaltschaft die elektronische (Mandanten)Akte bereits seit längerem zum Kanzleialltag gehört, werden nunmehr mit der Einführung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) erste Erfahrungen mit dem elektronischen Rechtsverkehr zu den Gerichten gesammelt. Umgekehrt gehört gerade

für die Verwaltungsgerichtsbarkeit der elektronische Rechtsverkehr bereits seit rund 15 Jahren zur täglichen Arbeitsweise gehört. Die Thematik wurde durch kurze Statements von Herrn ROVG Rüdiger Graf (Haupttrichterrat) und Herrn RVG Stefan Jakobs (VG Trier) ergänzt, die die Einführung der elektronischen Akte aus mitbestimmungsrechtlicher Sicht beleuchteten bzw. über die Erfahrungen mit der elektronischen Kommunikation insbesondere mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge berichteten. Für die anschließende Diskussion blieb aufgrund der fortgeschrittenen Zeit leider zu wenig Raum.

Nach dem gemeinsamen **Mittagessen** im „Gasthaus zur Post“ stand der vereinigungsinterne Teil der Mitgliederversammlung am Nachmittag ganz im Zeichen der Wahl eines neuen Vorstandes. Der scheidende Vorsitzende, **Herr ROVG Hartmut Müller-Rentschler**, ließ in seinem **Rechenschaftsbericht** seine insgesamt 12-jährige Amtszeit Revue passieren, die durch mitunter auch für die Vereinigung schwierige Zeiten geprägt war. Herr RVG Dr. Alexander Eichhorn gab in seinem **Kassenbericht** zu erkennen, dass die VVR auf einer gesunden finanziellen Basis steht. Nachdem der Vorstand entlastet wurde, bedankte sich der scheidende Vorstand unter langanhaltendem Applaus der Mitglieder bei Herrn ROVG Müller-Rentschler und überreichte ihm zum Dank u.a. ein „gelbes Trikot“. Des Weiteren wurden **Frau RinOVG Dr. Sabine Wabnitz** sowie **Herr RVG Dieter Pluhm** verabschiedet, die nicht mehr für den Vorstand kandidierten. In der anschließenden Vorstandswahl wurden jeweils mit großer Mehrheit Herr RVG Michael Ermlich (VG Mainz) als Vorsitzender, Herr RVG Peter Bender (VG Neustadt/Weinstraße.) als Stellvertretender Vorsitzender, Herr RVG Dr. Eichhorn (VG Koblenz) als Kassenwart sowie Frau RinOVG Dr. Nathalie Arnold (OVG Rheinland-Pfalz) und Herr VRVG Dr. Michael Trésoret (VG Trier) als Beisitzer gewählt. Als Ersatzmitglieder wurden Herr VPräsVG Dr. Christof Berthold (VG Mainz), Frau VRinVG Bettina Bröcheler-Liell (VG Trier), Herr RVG Pluhm (VG Koblenz), Frau VRinVG Helga Klingenmeier (VG Neustadt/Weinstraße) und Herr ROVG Georg Theobald (OVG Rheinland-Pfalz) gewählt. Die Vertretung der VVR bei der Mitgliederversammlung des BDVR wird wie bereits in den vergangenen beiden Jahren von Herrn RVG Ermlich wahrgenommen.

Im Anschluss an die Vorstandswahlen bedankte sich Frau VPräsOVG Dagmar Wunsch auch im Namen von Herrn PräsOVG Dr. Lars Brocker bei Herrn ROVG Müller-Rentschler herzlich für die geleistete Arbeit und gratulierte dem neu gewählten Vorstand zu seiner Wahl. Sodann informierte sie die anwesenden Mitglieder über aktuelle Entwicklungen in der rheinland-pfälzischen Verwaltungsgerichtsbarkeit. Alle Wahlergebnisse im Einzelnen sowie weitere Ausführungen zu Inhalt und Ablauf des verwaltungsinternen Teils können Sie der freundlicherweise von Frau Ri. Gloria Stein erstellten **Niederschrift der Mitgliederversammlung** nebst Anlagen entnehmen, die diesem Rundschreiben als **Anlage** beigefügt bzw. den noch aktiven Mitglieder per E-Mail zugegangen ist.

Im Rahmen des **Rahmenprogramms** bestand die Möglichkeit, an Führungen in der Kaffeerösterei „Blank Roast“ (mit Verköstigung) oder der Sektkellerei Heim (mit Sektprobe) teilzunehmen; beide Führungen fanden bei den Mitgliedern guten Anklang. Die Mitgliederversammlung endete mit einem **Abendessen** in dem Weinlokal „Weiks Vinothek und Restaurant“ in Neustadt-Mußbach.

An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen, die zum Gelingen der diesjährigen Mitgliederversammlung beigetragen haben, besonders bei meinem Stellvertreter Peter Bender für die gute Vorbereitung und Organisation.

- II. Am 08./09. November 2018 fanden in Berlin die **Mitgliederversammlungen des BDVR und des Vereins Deutscher Verwaltungsgerichtstag e.V.** zeitgleich in den Räumlichkeiten des OVG Berlin-Brandenburg in Berlin statt, an der für die VVR Herr RVG Ermlich teilnahm. Im Rahmen eines Gesprächs wurden mit dem Leiter des Referats R A 3 im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), Herr MR Schröder, aktuelle, die Verwaltungsgerichtsbarkeit berührende Themenkreise erörtert; hierbei gab Herr MR Schröder einen Ausblick auf die Tagesordnung der Herbstkonferenz der 89. Konferenz der Justizministerinnen und -minister (JuMiKo). Im Hinblick auf den im Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankerten „Pakt für den Rechtsstaat“, der u.a. die Schaffung von 2000 Stellen für Richterinnen/Richter sowie Staatsan-

wältinnen/Staatsanwälte vorsieht, bestehen von Seiten des Bundes verfassungsrechtliche Bedenken an einer (Mit)finanzierung der Personalausstattung der Gerichte der Länder. Ein von einer Arbeitsgruppe der JuMiKo unter Federführung der Länder Nordrhein-Westfalen und Bremen erarbeiteter Gesetzentwurf zur Reform des Verwaltungsprozessrechts lässt eine baldige Reform des Rechtsmittelrechts nicht erwarten; vielmehr sind darauf abzielende Vorschläge eher perspektivisch zu betrachten. Weitere Reformvorschläge betreffen u.a. die optionale Einführung eines Adhäsionsverfahren – dem steht das BMJV kritisch gegenüber –, die Erweiterung der erstinstanzlichen Zuständigkeit von OVG/VGH bzw. BVerwG im Bereich des Planungsrechts aus Gründen der Verfahrensbeschleunigung, die Einführung eines sogenannten beschleunigten Verfahrens mit vorab festgelegtem zeitlichen Rahmen und präkludierender Fristen sowie die Einführung einer bis Ende 2022 befristeten Sonderregelung in § 29 Abs. 1 DRiG, die die Zulassung zweier abgeordneter (Lebenszeit)Richter bzw. eines abgeordneten (Lebenszeit)Richters und eines Proberichters in einem Spruchkörper ermöglichen soll.

Außerdem stand die Neuwahl der Vorstände des BDVR und des Vereins Deutscher Verwaltungsgerichtstag e.V. an. Beide Vorstände wurden im Wesentlichen unverändert wiedergewählt.

Des Weiteren befasste sich die Mitgliederversammlung des BDVR mit weiteren Themen wie Pressearbeit des BDVR, Umgang mit der AfD, personelle und sächliche Ausstattung der Gerichtsbarkeit sowie der Personalgewinnung.

In der Mitgliederversammlung des Vereins Deutscher Verwaltungsgerichtstag e.V. wurde neben einem Resümee des kleinen Verwaltungsgerichtstags 2018 in Halle insbesondere ein Ausblick auf den Verwaltungsgerichtstag 2019 in Darmstadt gegeben. Hierzu soll das Programmheft im Januar 2019 erscheinen.

- III. Im Zuge der Beratungen zum Doppelhaushalt 2019/2020 fand ein **Gespräch** mit dem **Arbeitskreis Recht der CDU-Landtagsfraktion** statt, an dem für die VVR der Vorsitzende RVG Ermlich teilnahm. In diesem Gespräch wurde deut-

lich gemacht, dass aus Sicht der VVR eine ausreichende personelle Ausstattung der Verwaltungsgerichte und des Oberverwaltungsgerichts im Hinblick auf die weiterhin sehr hohe Belastung mit Asylverfahren sowie der deutlichen Zunahme von ausländerrechtlichen Streitigkeiten erforderlich ist und sich vor diesem Hintergrund ein Stellenabbau verbietet. Des Weiteren muss sich das Augenmerk auf eine ausreichende sächliche und im Unterstützungsbereich auch personelle Ausstattung der Gerichte im Hinblick auf die Einführung der elektronischen Akte richten. Schließlich bedarf es einer auskömmlichen Richterbesoldung, um angesichts der anstehenden Pensionierungswelle in der Justiz bei der Gewinnung qualifizierter Richterinnen und Richter im Konkurrenzkampf zu anderen Landesjustizverwaltungen und zur Anwaltschaft bzw. Wirtschaft bestehen zu können. Hierbei kann die für 2019 und 2020 angekündigte „außerordentliche Anpassung“ der Richterbezüge um jeweils 2% nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein.

- IV. Im Zuge des Inkrafttretens der Datenschutzgrundverordnung hat der Vorstand eine Datenschutzerklärung entworfen, die Ihnen zusammen mit diesem Rundschreiben zur Kenntnis überlassen wird. Die Erklärung wird des Weiteren auch auf der Homepage der VVR eingestellt. Hierauf werden Neumitglieder mit dem Beitrittsformular sowie im Zusammenhang mit dem SEPA-Lastschriftmandat hingewiesen.
  
- V. Zum Abschluss noch ein kleiner Ausblick auf das kommende und auch schon auf nachfolgende Jahre, was Fortbildungsangebote des Vereins Deutscher Verwaltungsgerichtstag e.V. angeht: Im kommenden Jahr findet vom **15. bis 17. Mai 2019** der **19. deutsche Verwaltungsgerichtstag** in **Darmstadt** statt. Die Einladung und das Programm sind für Januar 2019 angekündigt; wir werden Sie dann umgehend informieren. Angesichts dessen, dass der Verwaltungsgerichtstag für uns Rheinland-Pfälzer gleichsam „fast“ vor der Haustür stattfindet, lege ich Ihnen diesen Termin besonders ans Herz – die Teilnahme wird sich lohnen. Im Jahr **2020** ist sodann ein **kleiner Verwaltungsgerichtstag** in **Saarbrücken** – also ebenfalls gleichsam vor der Haustür – geplant; hier steht die Thematik noch nicht fest. Schließlich ist für das Jahr **2021** eine Fortführung

des „**Leipziger Dialogs**“ angedacht; eine endgültige Entscheidung hierüber ist indes noch nicht getroffen.

Ich würde mich freuen, wenn alle diese Veranstaltungen bei Ihnen auf Interesse stoßen würde.

Abschließend möchte ich mich im Namen des gesamten Vorstandes bei Ihnen allen für Ihr Interesse an unserer Arbeit, für Ihre kritische Begleitung und für Ihre Unterstützung im Jahr 2018 ganz herzlich bedanken, verbunden mit der herzlichen Bitte, uns auch im kommenden Jahr 2019 mit Rat und Tat zu unterstützen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes und friedvolles Weihnachtsfest sowie ein gutes und erfolgreiches Jahr 2019.

Für den Vorstand

(Michael Ermlich)